

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

28.11.1862 (No. 280)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. November.

N. 280.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreis: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Telegramme.

**Kassel, 27. Nov., Nachmittags.** Durch ein Ministerialauschreiben vom heutigen wird die vertagte Ständeverammlung auf den 4. Dezember wieder einberufen. Die Entlassung des Ministeriums ist zurückgezogen.

**Wien, 26. Nov. (W. L. B.)** In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Verabreichung des Budgets des Krieges fortgesetzt und der Antrag des Ausschusses, sechs Millionen abzurufen, mit großer Majorität angenommen.

**Petersburg, 24. Nov.** Ein russisches Geschwader, bestehend aus drei Dampffregatten und zwei Segelschiffen, hat den Befehl erhalten, sich zur Abfahrt nach dem Mittelmeer zu bereiten zu halten. Das Petersburger Kabinett widersteht sich energisch der Kandidatur eines englischen Prinzen für den griechischen Thron.

**St. Petersburg, 26. Nov. (Köln. Ztg.)** Das heutige Journ. de St. Petersb. theilt die Grundlagen des dem Reichsrath unterbreiteten Handelsvertrages mit. Sie bestehen in gleichmäßiger Zulassung der Zuländer und Ausländer zu den Kaufmannsgilden und in Beibehaltung der sozialen Privilegien des Kaufmannsstandes. Die erste Einkommensteuer beträgt 265, die zweite 25 bis 65 Rubel. Bezüglich der ausländischen Juden werden die gegenwärtigen Bestimmungen aufrecht erhalten.

**Neu-York, 14. Nov.** Die Gerichte von der Niederlage Burnside's und der Wiederbesetzung Harpers Ferry's sind unbestätigt. Zwei Offiziere von McClellan's Generalstab sind verhaftet und nach Washington geschickt worden. Die Unionisten besetzen Fayetteville am Nappahannock; Jackson rückt gegen Cumberland (Maryland) vor. Die südstaatlichen Generale Bragg und Floyd sind zu Gordonsville. Zu Murfreesboro stehen noch Secessionisten. Zur Verteidigung des Hafens von Neu-York werden Maßregeln ergriffen. Es heißt, Frankreich und Spanien verlangen Genugthuung wegen der Behandlung ihrer Nationalen zu Neu-Orleans, und man glaubt, daß dieselbe gewährt werden wird. — Wechselkurs 132. Goldagio 46 1/2.

**Turin, 25. Nov. Abgeordnetenkammer.** Nicotera spricht von dem ihm von Rattazzi gegebenen Versprechen, Reformen in der Verwaltung vorzunehmen. (Rattazzi macht ein verneinendes Zeichen.) Nicotera fügt bei, die Regierung habe 11 Tage vorher gewünscht, daß Garibaldi in Catania einzeln werde. Man habe Garibaldi das Anerbieten gemacht, ihn mit seinem ganzen Stab auf einem Staatsschiff nach einem von ihm bezeichneten Punkt des Königreichs zu bringen. Der Redner sucht sodann den Beweis zu führen, daß das Ministerium sich um die Allianz der Linken beworben habe. Er bekämpft die Rede Boggio's und schlägt vor, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen, weil es durch die Verhaftung mehrerer Abgeordneten die Verfassung verletzt habe. (Nicotera wird in seiner Rede mehrmals durch Einsprüche der Kammer unterbrochen.) General Cugia gibt Aufschluß über sein Benehmen auf Sizilien. Bei seiner Ankunft in Palermo war die Lage sehr ernst. Die ganze Bevölkerung hatte sich einer bedauerlichen Täuschung hingelassen. Niemand zweifelte an einem Einverständnis zwischen der Regierung und Garibaldi.

## \* Kgl. Amerikanische Südstaatliche Generale. \*

Robert Edmund Lee, aus einer der ausgezeichnetsten virginischen Familien, trat 1825 (also ein Jahr nach Jefferson Davis) in die Militärakademie von Westpoint, von da ins Geniecorps, und machte unter Scott den Feldzug in Mexiko mit, wo er an allen Schlachten Theil nahm, beim Sturm von Chapultepec in der Nähe der Hauptstadt schwer verwundet wurde, und wegen ausgezeichneten Tapferkeit zweimalige Beförderung erhielt. Im Jahr 1852 wurde er zum Direktor der Westpointers Kriegsschule ernannt, und 1855 zum Oberstlieutenant des neuerrichteten zweiten Kavallerieregiments befördert, mit dem er beim Ausbruch des gegenwärtigen Bürgerkriegs zu San Antonio, in Texas, lag. Seine Laufbahn, seitdem, hat den Ruf hervorragender Fähigkeit, den er in der Armee genoss, nur bestätigt.

Albert Sydney Johnston, aus Kentucky, trat 1822 in die Militärakademie, diente im zweiten und im sechsten Infanterieregiment und versah die Verrichtungen eines Generaladjutanten der Freiwilligen im Feld während des Kriegs mit den Sack- und Indianern unter Anführung des berühmten Häuptlings Schwarzer-Jaffe (der ihm später nach seiner Befreiung mit mehrwürdiger Anhänglichkeit zusagte), trat darauf im Jahr 1834 aus dem Unionsheerdienst, wanderte nach Texas aus und nahm thätigen Antheil an dessen Völkerei von der mexicanischen Republik, wobei er während des Kampfs der Texaner um ihre Unabhängigkeit Generaladjutant in ihrem Heere im Jahr 1836

\*) Aus einer englischen Mittheilung, deren Verfasser, seiner Versicherung zufolge, lange in den Nordamerikanischen Freistaaten lebte, in ihrer Kriegsgeschichte nicht unüberwunden und mit vielen ihrer namhaftesten Kriegsmänner, aus der Zeit, als er noch unter dem Sternbanner steht, persönlich bekannt ist. Er verspricht über die nordstaatlichen Führer ähnliche Nachrichten, welche ebenfalls hier mitgeteilt werden sollen. D. Einl. — Die Note über Jefferson Davis in der Beilage zur Karlsruher Zeitung vom 18. d. M. ist aus der gleichen Quelle.

Wenn man sofort Gewalt angewendet hätte, wäre ein Zusammenstoß in den Straßen Palermo's vielleicht unvermeidlich geworden. Man mußte zögern, in der Hoffnung, Garibaldi zu dem Gefühl der Geselligkeit zurückzuführen. Während der Unterhandlungen forderte General Cugia die Regierung auf, die militärischen Streitkräfte auf der Insel zu vermehren. Garibaldi hatte versprochen, sich in Aci-Reale einzuschließen; sein Einzug in Catania kam unerwartet. Miceli liest ein Schreiben des Admirals Albini vor, welcher Garibaldi vorschlug, sich mit seinem Stab einzuschließen. Garibaldi nahm in seiner Antwort den Vorschlag an; er verlangte, daß ein Staatsschiff in dem Hafen von Aci-Reale bereit sei, und daß man ihn hiervon in Catania oder auf der Straße, die beide Städte mit einander verbindet, benachrichtige. Caviglioli spricht gegen das Ministerium. Rattazzi erklärt, morgen das Wort zu ergreifen.

Prinz Humbert ist in Genua angekommen. Die Nachrichten über die Aushebung in den Südprowinzen lauten ausgezeichnet.

## Preussische Depesche, die deutsch-dänische Angelegenheit betreffend.

**Berlin, 26. Nov.** Der durch den Wiener „Botschafter“ veröffentlichten Depesche des Grafen Rechberg an den österreichischen Gesandten in London, Grafen Wimpfen, vom 29. Oktbr., welche die Rückäußerung des Wiener Kabinetts über die Vorschläge des Grafen Russell zur Beilegung des deutsch-dänischen Konflikts enthält, ist zwei Tage früher eine preussische Depesche über denselben Gegenstand vorangegangen, die wir nunmehr ebenfalls der Öffentlichkeit übergeben können. Die Depesche lautet nach der „Stern-Ztg.“

Berlin, den 27. Oktober 1862.  
Ew. Excellenz ist die Depesche bereits bekannt, welche der k. großbritannische Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten unter dem 24. v. M. an Herrn. Kowler gerichtet hat, um ihm seine Ansicht über die Art und Weise mitzutheilen, wie die so lange bestehende Differenz zwischen Deutschland und Dänemark ihre Lösung finden könne. Eine gleiche Mittheilung ist nach Wien ergangen und Lord Russell hat seine Ansicht und die darauf gegründeten Vorschläge der ersten Aufmerksamkeit der beiden deutschen Großmächte empfohlen. Daß ihnen diese Aufmerksamkeit ungerne in vollem Maße zu Theil geworden ist, bedarf nicht erst der Versicherung. Seine Differenz betrifft zwar wesentlich nur die Erfüllung von Forderungen, welche zwischen Deutschland und Dänemark vertragmäßig festgestellt sind; aber wir begreifen den Wunsch beiderseitiger Mächte, eine Streitfrage beigelegt zu sehen, welche allerdings in ihrer weiteren Entwicklung zu sehr ernsten Folgen führen kann, da es, wie Ew. Excellenz wissen, für Deutschland unmöglich ist, Ansprüche anzugehen, welche mit seiner ganzen politischen Stellung auf das innigste verflochten sind. Wenn wir es, im Interesse des Friedens, für unsere Pflicht halten, jede uns dargebotene Ansicht über die Lösung der schwierigen Fragen ernstlich zu prüfen, so hat insbesondere ein von England ausgehender Vorschlag den vollen Anspruch auf unsere eingehende Beachtung.

Ich freue mich, so gleich die Ueberzeugung aussprechen zu können, daß die Depesche des Grafen Russell und namentlich die vier Punkte, in welchen zum Schluß die Vorschläge zusammengefaßt sind, die Grundlage zu einer Verständigung enthalten, wenn die letzteren von der königl. dänischen Regierung rückhaltlos angenommen und alsdann auch in entsprechender Weise ausgeführt werden.

und, nach Eringung derselben zum selbstständigen Staate, Kriegsminister in den Jahren 1838—40 war. Als der Anschlag von Texas an die Vereinigten Staaten und seine Einverleibung in diese zum Krieg (1846—47) mit Mexiko führte, befehligte er ein Regiment Freiwilliger, das erste Texas-Bataillon; war eine Zeit lang Generalinspektor einer der Armeedivisionen am Rio Grande, und zeichnete sich besonders in der Schlacht von Monterrey aus. Von 1849 bis 1855 war er einer der Armeezahlmeister, worauf er die Oberstenstelle des zweiten Kavallerieregiments erhielt. 1857 wurde er Brigadegeneral. \*) Er war ein stattliche, gebieterische Erscheinung; von höflicher, leutseliger Ansprache, frei von aller Engstirnigkeit und voll Güte; allgemein geschätzt und geliebt. Er entschied beinahe mit dem ihm anvertrauten Heerführer den Sieg bei Bull Run 1861. Sein Tod (er fiel im Frühjahre 1862 im kühnen Vordringen zum Tennessee-Fluss, nachdem er den General Grant bei Pittsburg-Landing geschlagen hatte) war ein vom Konföderations-Präsidenten Davis öffentlich als unerlässlich bezeichnet — Verlust für den Süden.

Joseph Cleaveland Johnson, aus Virginien, trat 1825 in die Militärakademie, von da ins vierte Artillerieregiment, im Jahr 1837 aus dem Dienst, trat darauf aber wieder in denselben, und wurde in die Topographen-Ingenieure, und machte den Krieg gegen die Seminolen in Florida mit. 1846, als Oberstlieutenant der leichten Infanterie, diente er im mexicanischen Krieg — war bei allen Gefechten zwischen Vera-Cruz und der Hauptstadt zugegen — wurde zweimal verwundet und zweimal befördert. 1860 trat er aus der Armee und wurde mit dem Rang eines Brigadegenerals, Generalquartiermeister im Unionsheer. Er ist ein Mann von sehr klugen

\*) Zu bemerken ist, daß im Unionsheer fast die Hälfte der Obersten den Titel als Brigadegenerale haben, um ihnen den Vorrang vor den Militärgeneralen zu sichern, da bei gleichem Rang der Offizier des niederen Heeres gleich den Vorrang hat. D. Einl.

Wir haben uns zwar nicht verhehlt, daß die Vorschläge Lord Russell's sich nicht streng auf der Basis der Verhandlungen von 1851—52 bewegen.

Niemand würde uns einen Vorwurf daraus machen können, wenn wir einfach darauf beständen, daß auch Dänemark von dieser Basis sich durchaus nicht entferne, und daß, insofern Dänemark sich zu Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen außer Stand erklärte, alsdann auch für uns jede bermalen bestehende Verbindlichkeit aufhöre, und fortan nur das alte Recht, für welches man uns ein Äquivalent dargeboten, aber nicht gewährt hat, die Grundlage unserer Forderungen und unseres Handelns sein könne. Aber wir erkennen doch auch in den Vorschlägen Lord Russell's eine Sicherstellung der wesentlichen Zwecke und Interessen, welche bei den Verhandlungen von 1851—52 maßgebend waren; und in dieser Ermüdung und in unserm aufrichtigen Wunsch für die Erhaltung des Friedens dürfen wir die Berechtigung zu dem Versuch finden, das Ziel auf einem etwas abweichenden Wege zu erreichen.

Wir müssen es zunächst dem königl. großbritannischen Staatssekretär Dank wissen, daß er die Frage durch Entfernung aller derjenigen Punkte vereinfacht, über welche kein Streit mehr sein kann. Wir sind in dieser Beziehung vollkommen mit ihm einverstanden; und wir haben es immer auf das Lebhafteste bedauert, wenn wir genötigt waren, auf Verhältnisse zurückzukommen, welche an und für sich hätten klar sein sollen. Das in der Depesche vom 24. Sept. enthaltene Anerkenntnis wird uns dessen in Zukunft überheben.

Der erste dahin gehörige Satz, welcher die Erhebung von Steuern oder die Einführung von Gesetzen in Holstein und Lauenburg ohne Zustimmung der Stände ausschließt, entspricht den Bedingungen, welche die bekannten Bundesbeschlüsse auch für den augenblicklichen provisorischen Zustand aufgestellt und deren Innehaltung wir zur Abwendung bundesmäßiger Maßregeln für erforderlich erklärt haben. Indem der königl. großbritannische Staatssekretär die Sache durch die Bundesbeschlüsse für entschieden erklärt, beweist er sein vollkommenes Verständnis dieser Seite der Frage als einer rein innern Bundesangelegenheit.

Von einer nicht minder klaren Auffassung zeugt der zweite Satz, über die Nichtigkeit der Gesamtverfassung von 1856, welche Nichtigkeit das Ausschreiben Schleswigs aus dem Reichsrath bedingt, wie dies auch in dem zweiten der resumierenden Punkte am Schluß der Depesche noch ausdrücklich ausgesprochen ist. Es wird dem Kopenhagener Kabinett schwer werden, dem Gewicht dieser einfachen, die Thatsache darlegenden Worte durch noch so künstliche Deduktionen entgegenzutreten.

Der dritte dieser Sätze endlich, worin die volle Selbständigkeit und Freiheit der Bestimmung und Gesetzgebung im Königreich Dänemark ausgesprochen wird, versteht sich für uns eben so sehr von selbst; und wir sind weit davon entfernt gewesen, jemals ein Recht der Einmischung für die drei Herzogthümer in die Verhältnisse des Königreichs in Anspruch zu nehmen.

Nachdem Graf Russell so diejenigen Momente entfernt hat, welche nur zu sehr zur Verdunkelung der ganzen Angelegenheit beigetragen haben, kommt er zur Darlegung seiner positiven Vorschläge in Betreff der beiden großen Fragen über die Stellung Schleswigs und über die Regelung derjenigen Beziehungen unter den verschiedenen Theilen der Monarchie, welche die Gemeinamkeit der Aktion in irgend einer Form voraussetzen.

Bei der Erwähnung des ersten dieser beiden Punkte wollen wir über die Bezeichnung der Verpflichtungen Dänemarks als einer Ehrenpflicht nicht rechten; wir betrachten allerdings die Erfüllung vertragmäßiger Verpflichtungen auch als eine Ehrenpflicht.

Lord Russell hebt auch hier wieder die beiden wesentlichen Seiten mit Klarheit hervor: die Sicherung Schleswigs gegen eine Incorporation und den Schutz der deutschen Nationalität im Herzogthum, und er glaubt für beides das geeignete Mittel in einer vollständigen Autonomie des

tem anspruchlosen Wesen; aus seinem Gesicht spricht aber große Entschlossenheit und Fähigkeit.

Thomas John Jackson, aus Virginien, trat 1842 in die Militärakademie, stand als Lieutenant bei Magruder's Batterie im mexicanischen Krieg, und wurde darin zweimal wegen bewiesener Tapferkeit befördert. 1852 trat er aus dem Heerdienst, und beschränkte in der Folge ein Lehramt als Professor der Mathematik und Militärwissenschaft an der Staats-Universität Virginien's. Besondere militärische Fähigkeiten haben übrigens seine früheren Schul- und Waffengenossen nie an ihm bemerkt \*).

Peter Gustav Toussaint Beauregard, aus Louisiana, der jetzige südstaatliche Oberbefehlshaber, trat 1834 in die Militärakademie, stand beim ersten Artillerieregiment und dann beim Geniecorps; nahm an allen Schlachten im Thal von Mexiko Theil, und wurde zweimal verwundet und zweimal befördert. 1861 war er noch Geniehauptmann. (Fortsetzung folgt.)

\*) Diese sind, scheint es, erst im jetzigen Bürgerkrieg mit der früheren Tapferkeit zu Tag getreten; denn im Beginn desselben zu einem Kommando im Heer der Konföderirten ernannt, hat er sich als einer ihrer tüchtigsten und unternehmendsten Befehlshaber erwiesen, wie sein Sieg bei Bull's Bluff, wo die Konföderirten eine vollständige Niederlage mit dem Tode des Obersten Baker und der Gefangenennahme des Generals Stone erlitten, sein kühnliches Eintreten in das Shenandoah-Thal, sein erfolgreicher Antheil an dem mit Mac-Clellan's Rückzug in die Stellung bei Harrison's Landing erdenben Schlachten vor Richmond (in denen einer der südstaatlichen gleichnamiger Offiziere Jackson, aus Alabama, fiel und dadurch den Zeitungsbereich von seinem Tod verursachte), sein neuerliches Auftreten im Shenandoah-Thal und sein Angriff auf die von ihm stark mitgenommene Division des Generals Banks von Lee's Armeekorps darthun. Daß er, nunmehr Brigadegeneral, den Namen „Stonewall“ (Steinwand) Jackson erhalten hat, von seiner selbigen unerschütterlichen Eigenart und Entschlossenheit, ist bekannt. D. Einl.

Herzogthums zu finden, vermöge dessen es in keiner nähern politischen Beziehung zu dem Königreiche als zu den übrigen Ländern der Monarchie stehen, und selbständig über alle die Punkte zu entscheiden haben würde, in welchen die dänischen Uebergriffe bisher den Anlaß zu so gerechten und leider! bis jetzt so fruchtlosen Beschwerden gegeben haben; Beschwerden, welche auf so offenkundigen Thatsachen beruhen, daß eine Ueberwachung, wie wir sie weder ausgeübt, noch in Anspruch genommen haben, zu ihrer Konstatirung nicht erforderlich war.

Wir erklären uns mit dem Vorschlag des Lord Russell vollkommen einverstanden. Er wird aber allerdings das Ziel nur dann erreichen, wenn seine Ausführung von Seiten der Regierung Sr. Maj. des Königs von Dänemark eine vollkommen aufrichtige ist; wenn das System der dänischen Vergewaltigung, welches bisher in Schleswig geltend gewesen, faktisch aufhört, und wenn Bürgerschaft gegeben wird für eine vollkommen freie Wahl und Abstimmung der Ständeversammlung, welche über alle die angegebenen Punkte entscheiden soll. Dies ist an und für sich selbstverständlich und wird namentlich auch dem königl. großbritannischen Staatssekretär so erscheinen; aber wiederholte traurige Erfahrungen nöthigen uns leider, dies noch besonders auszusprechen und es der Aufmerksamkeit des Grafen Russell dringend zu empfehlen.

Die Depesche behandelt zuletzt Dasjenige, was sie mit Recht als den schwierigsten und verwickeltesten Punkt der ganzen Angelegenheit bezeichnet, nämlich die Regelung der gemeinsamen Finanzverhältnisse.

Auch in dieser Beziehung kann ich mich mit den Vorschlägen, wie sie in dem dritten und vierten der resumirenden Punkte am Schluß der Depesche enthalten sind, nur einverstanden erklären. Die Vereinbarung eines Normalbudgets mit den Ständen der einzelnen Länder der Monarchie, und die freie Votirung außerordentlicher, darüber hinausgehender Ausgaben durch dieselben Stände entspricht, nach unserer Ansicht, den Rechten und Interessen dieser Länder eben so sehr, wie dem Bedürfnis der Gesamtheit, und wird, wie ich voraussetzen darf, auch in den Herzogthümern selbst keinen Widerspruch finden. Wenn die königl. dänische Regierung diese Punkte, sowie die beiden ersten rückhaltlos annimmt, so wird sich durch weitere Verständigung auch die Möglichkeit ergeben, für die Regelung der auf die Gemeinschaft bezüglichen Ausgaben eine geeignete Form festzustellen.

Die in der Depesche des Grafen Russell angegebene Modalität einer Vorauszahlung und Vertheilung des Normalbudgets unter Mitwirkung eines Staatsraths wird, wie ich glaube, die Annäherung für eine solche Verständigung darbieten können, wenn dabei der Grundsatz festgehalten wird, daß jedes der Länder vor einem ungerechten Uebergewicht der anderen sichergestellt werde.

Indem ich hiernach unsere Bestimmung zu den vier Punkten, in welchen der kön. großbritannische Staatssekretär seine Vorschläge zusammenfaßt, ausspreche, brauche ich wohl kaum die Bemerkung hinzuzufügen, daß wir für jetzt nur in unserm eigenen Namen sprechen können. Wir haben gegenwärtig kein ausdrückliches Mandat des Bundes, und können weder seiner Ansicht präjudiciren, noch seinen Rechten etwas vergeben. Aber es versteht sich eben so sehr von selbst, daß, wenn die Vorschläge Lord Russells Annahme Seitens der königl. dänischen Regierung finden, wir unsere Auffassung auch am Bunde vertreten und die Zustimmung unserer Bundesgenossen zu denselben zu erlangen uns bemühen werden. Sollte auch dieser Versuch einer Verständigung wieder an dem Mangel eines Entgegenkommens der dänischen Regierung scheitern, so bleiben natürlich die Vereinbarungen von 1851/52 und die Rechte und Ansprüche Deutschlands in voller Kraft.

Em. Excellenz ersuche ich ergebenst, sich in diesem Sinne gegen den königl. großbritannischen Staatssekretär auszusprechen, und ermächtige Sie zugleich, ihm eine Abschrift von dieser Depesche zu übergeben.

(gez.) Vis m a r c.

Er. Excell. dem Hrn. Grafen v. Bernstorff zc. in London.

### Deutschland.

**Speyer, 27. Nov. (Pfalz. Ztg.)** Dem Vernehmen nach soll in den ersten Monaten des nächsten Jahres eine außerordentliche Generalsynode einberufen werden, um eine neue Wahlordnung zu beraten.

**Magold, 24. Nov. (Schw. M.)** In der letzten Sitzung des Gewerbevereins gab der Bericht der k. Centralstelle für Gewerbe und Handel an das k. Ministerium des Innern, betreffend den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich, Anlaß zu der einstimmig gefaßten Resolution:

Daß, wenn auch 1) für einige Industriezweige vorübergehende Nachtheile in den Tariffägen liegen, dieselben doch auch schätzenswerthe Vortheile bieten; 2) daß Württemberg sich dem Verkehr mit großen Nationen nicht entziehen dürfe; 3) daß, nachdem es unzweifelhaft geworden sei, daß durch die Ablehnung des Vertrags Seite Württembergs und anderer Vereinststaaten der Zollverein zerprengt würde, dessen Nachtheile unberechenbar wären und durch Anschluß an Oesterreich oder Preußen mit demselben nie aufgewogen werden dürften, die Zustimmung zu diesem Vertrag Seitens der noch widerstrebenden Staaten unter den obwaltenden Umständen unerlässlich geboten erscheine; 4) daß diese Resolution veröffentlicht werden solle.

**Wiesbaden, 25. Nov.** Der König der Niederlande scheint seinen bisher ständigen Sommeraufenthalt hier selbst aufgeben zu wollen. Seine Villa soll verkauft werden. — In Limburg a. L. hat sich ein deutscher Reformverein gebildet, dem bereits 30 Mitglieder beigetreten sind. In Habamar werden demnächst sämmtliche (!) nassauische Reformvereine eine Generalversammlung abhalten.

**Frankfurt a. M., 24. Nov. (N. Ztg.)** Die Bevollmächtigten jener Bundesregierungen, welche die Beschickung einer Kommission von Fachmännern für Berathung des Entwurfs zu einem allgemeinen deutschen Patentgesetz zu gesagt hatten, waren schon gestern hier eingetroffen. Die Fachmännerkommission wurde heute durch den Präsidialgelehrten installiert, und eröffnete ihre Berathungen, welche von mehrwöchentlicher Dauer sein werden.

**Frankfurt, 26. Nov.** Groß. Hessen hat bekanntlich in der vorletzten Bundestags-Sitzung ein Gedächtnisvotum über die (in der nächsten Sitzung zur Abstimmung kommenden) Anträge des Spielbankens-Ausschusses abgegeben, und der Hauptinhalt desselben ist auch bereits durch die Presse bekannt geworden. Vollständig mit den Motiven lautet das Votum wie folgt:

Je mehr die groß. Regierung den Ausführungen des Ausschusses über die Gemeinshädlichkeit der öffentlichen Spielbanken bestimmen muß, um so weniger vermag sie sich mit den in dem erwähnten Vortrage gestellten Anträgen einverstanden zu erklären. Diese Anträge beschränken sich einerseits auf die stützliche Berücksichtigung der öffentlichen Glücksspiele, eine Berücksichtigung, die als längst feststehend betrachtet werden kann, und die daher einer Verkündung durch förmlichen Bundesbeschuß wohl nicht mehr bedarf, und andererseits auf die Neugründung bloßer Wüsten, wodurch den Erwartungen, welche man von der Thätigkeit des Bundes in fraglicher Beziehung hegen durfte, schwerlich in befriedigendem Maße entsprochen werden wird. Die groß. Regierung glaubt, daß diese Anträge das rechtlich zulässige Maß der Einwirkung Seitens der Bundesversammlung in der That keineswegs erschöpfen. Sie vermag daher einer so gründlichen Abschwächung der wohlmeinenden Absicht des von der königl. preussischen Regierung i. Z. eingebrachten dankenswerthen Antrags, wie solche in den Ausschussanträgen gefunden werden muß, ihre Zustimmung nicht zu ertheilen, sondern sieht sich zu einer wesentlich modifizirten Abstimmung veranlaßt. — In der Hoffnung, daß dadurch auch andere höchste und hohe Regierungen sich bewegen finden werden, der Auffassung der groß. Regierung sich anzuschließen, ist der Gesandte beauftragt worden, diese modifizierte Abstimmung schon jetzt zu Protokoll zu geben. Dieselbe lautet: 5. Bundesversammlung wolle im Besorke ihrer bisherigen beschließigen Verhandlungen, insbesondere der Ausschussanträge vom 10. Mai 1855 und in erneuter Erwägung, daß die öffentlichen Spielbanken ein soziales und volkswirtschaftliches Uebel sind, dessen Beseitigung auf dem Gebiete des Deutschen Bundes als gemeinshädlich zu betrachten ist, beschließen:

1) Die Beseitigung der öffentlichen Spielbanken auf dem deutschen Bundesgebiet ist mit allen rechtlich zulässigen Mitteln anzustreben, und die Bundesversammlung wird ihr anhaltendes Bestreben dahin richten, deshalb eine Vereinbarung unter sämmtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

2) Demgemäß spricht die Bundesversammlung zunächst die Erwartung aus, daß keine neuen Konzessionen zu öffentlichen Spielbanken mehr erteilt und die bestehenden nicht über die Zeit, für welche sie erteilt sind, verlängert oder erneuert werden. Diejenigen Regierungen, welche sich hiermit einverstanden erklären, übernehmen damit die förmliche Verpflichtung, dieser Erwartung zu entsprechen.

3) In gleicher Weise wird sodann denjenigen Regierungen, in deren Gebiet zur Zeit noch öffentliche Spielbanken bestehen, dringend empfohlen, jede sich darbietende Gelegenheit zur Beseitigung derselben zu benutzen und bis dahin demnächstige Wütungen durch angemessene Beschränkungen in aller thunlichen Weise zu mindern.

**Kassel, 25. Nov. (Fr. Z.)** Die verschiedenartigsten Einflüsse kreuzen sich noch immer, ohne daß bis jetzt angegeben werden könnte, auf welcher Seite mit Erfolg gearbeitet sei. Davon vor der gestrigen Versammlung des „Hessensvereins“ eine Entscheidung nicht getroffen werden würde, war vorauszusetzen. Die Versammlung hat eine Adresse beschloffen, wie die „Kass. Ztg.“ berichtet, und es soll nach anderen Mittheilungen schon heute Morgen Hr. Schaffer Audienz gehabt haben. Ob auch die Adresse schon überreicht wurde, verlaßt nicht; jedenfalls beschränkte sich die Audienz schwerlich darauf. Den Bestrebungen der Hrn. Schaffer, Wilmar und v. Buttler gegenüber sind es die deutschen Großmächte, die im Augenblick mit Nachdruck auftreten. Oesterreich und Preußen können, ohne ihrer Ehre zu vergeben, den Leuten, die fortwährend in der „Hessenszeitung“ diese Mächte verunglimpfen und die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 als erzwungen darstellen, nicht die Zügel der Regierung überlassen. Es gäbe außerdem auch einen Kampf, dessen Ausdehnung nicht abzusehen wäre. Der erste Schritt eines Ministeriums Schaffer müßte consequent Widerruf des Junipatentes und Umsturz der Verfassung von 1831 sein. Werden sie überhaupt ein Ministerium dulden können, von dem es notorisch ist, daß sein Streben nicht auf Beendigung, sondern auf unabsehbare Verschleppung des Verfassungsstreits gerichtet ist? Wir kennen den Inhalt der heute überreichten preussischen Depesche und auch die Instruktion des Hrn. v. Schmerling nicht; es ist aber nicht zu zweifeln, daß energisches Auftreten der Großmächte die Krisis einem baldigen Ende zuführen wird. — Das heute allgemein verbreitete Gerücht von dem Wiedereintritt der abgedankten Minister dürfte bis zur Stunde wenigstens noch unbegründet sein. Daß diese Minister nicht ohne Genehmigung eines klaren und bindigen Programms eintreten würden, scheint übrigens feststehen.

**Köln, 24. Nov. (Hamb. Nachr.)** Hier soll der Appellationsgerichts-Rath Bachem zur Oberbürgermeisterwahl in Aussicht genommen sein. Bachem war Oberbürgermeister in Koblenz zur Zeit, als der Prinz von Preußen dort Hof hielt, zu welchem er in den freundlichsten Beziehungen stand. Als seine Wahlperiode abgelaufen war, wurde er von den Stadtverordneten wiedergewählt, aber Hr. v. Kleist-Regow, damals Oberpräsident der Rheinprovinz, sprach sich auf das entschiedenste gegen dessen Bestätigung aus, weil B. im Jahr 1848 in einer Versammlung gegen das Königshaus Ausdrücke gebraucht haben sollte, wie sie ähnlich vor kurzem Hrn. v. d. Heydt zur Last gelegt wurden. Der Prinz von Preußen, welcher um jene Zeit eine Reise nach Berlin gemacht hatte, befürwortete die Bestätigung, aber vergebens. Nach Koblenz zurückgekehrt, wurde er daselbst von den Spitzen der Behörden empfangen; Hrn. v. Kleist-Regow kam beachtend, wandte er sich sofort an den Oberbürgermeister mit den Worten: „Mein lieber Hr. Bachem, ich bedauere sehr, daß ich Ihre Bestätigung in Berlin nicht habe durchsetzen können.“ Eine der ersten Regierungshandlungen des Prinzen von Preußen nach Uebernahme der Regentenschaft war die Ernennung des Hrn. Bachem zu einem höhern Richteramt. (Bei einer Vorwahl erhielt Bachem von 24 Stimmen 12.)

**Weimar, 24. Nov. (Fr. P. Z.)** Vorgestern Abend hielt der Gewerbeverein eine Gedächtnisfeier für Ludwig Uhland, an welcher auch das groß. Paar und die Königin von Preußen Theil nahmen. Professor Wiedermann hielt eine herrliche Gedächtnisrede, und daran schlossen sich Rezitationen und Gesänge Uhlandscher Lieder. Eine andere Feier folgte gestern Abend und heute früh, nämlich die Ein-

weihung der griechischen Kapelle auf dem neuen Friedhof, in welche der Sarg mit den Ueberresten unserer unvergesslichen Großfürstin Großherzogin-Mutter Platz fand.

**Hannover, 25. Nov.** Der für die Celler-Versammlung erwählte Ausschuss veröffentlicht folgenden Aufruf:

An die evangelisch-lutherischen Gemeinden des Königreichs Hannover. Das Ausschreiben des k. Konfistorii zu Hannover vom 20. d. M., durch welches die Berufung einer Synode in Aussicht gestellt wird, veranlaßt uns, die auf den 2. Dez. nach Celler berufene Versammlung auf kurze Zeit zu vertagen. Der Ausschuss wird alsbald eine weitere Bekanntmachung dieserhalb erlassen. Die Gemeinden, welche die Versammlung zu beschicken geneigt waren, erlauben wir, die Namen der gewählten Vertrauensmänner dem Komitee mitzutheilen.

**Hofst., 23. Nov. (Südb. Ztg.)** Das von der Landtags-Versammlung zurückgewiesene Diktamen des Hrn. M a n e c k e zu seinem Antrag auf Wiedereinführung des Staatsgrundgesetzes vom 10. Oktober 1849, welches mit Rücksicht auf das Preßgesetz in der inländischen Presse schwerlich erscheinen wird, kann ich Ihnen nachstehend wortgetreu mittheilen:

Am 1. Aug. d. J. sandte ich an den Engern Ausschuss von Ritter- und Landschaft den anliegenden Antrag, betreffend die Wiedereinführung der noch zu Recht bestehenden Repräsentativverfassung vom 10. Okt. 1849, mit dem Ersuchen, denselben zum nächsten Landtag zu initiiren. Der Engere Ausschuss hat auch diesmal, wie schon oftmals früher, meinem Ersuchen keine Folge gegeben, obgleich die verehrliche Landschaft schon auf dem Landtag von 1860 erklärte: „Sie hege die sichere Erwartung, daß der Engere Ausschuss in Zukunft sämmtliche bei ihm eingegangene Anträge zur Kenntniß der hochansehnlichen Landtagsversammlung bringen werde.“ Die durch ein solches willkürliches Verfahren des Engern Ausschusses herbeigeführte Rechtsunsicherheit hat mich, um meiner Pflicht als Mitglied der Stände Mecklenburgs nachzukommen, gezwungen, den oben beregten Antrag an alle ritterschaftlichen Ämter und die verehrlichen Magistrats in Abschrift zu übersenden, und ist somit der Zweck einer gesetzlichen rechtzeitigen Intimation vollständig erfüllt. Da die augenblicklich in Mecklenburg fast unumschränkt herrschende Partei es durchzuführen gewußt hat, daß schon seit einer Reihe von Jahren keine Stimme ihrer so zahlreichen Gegner im Lande selbst laut werden darf, so muß das Bemühen, die einzig noch übrig gebliebene Gelegenheit, die Wünsche, Hoffnungen und Bedürfnisse des Landes auf dem Landtag vorzubringen zu unterdrücken, von jedem Unbesangenen als ein Entsetzliches angesehen werden. Solche Bestrebungen sind nicht allein unheilswanger für das Land, sondern auch, wie die Geschichte es satfam nachweist, für die Bestreber selbst aufs höchste gefährlich. Indem ich somit der hochansehnlichen Landtags-Versammlung den beregten Antrag hieneben in Abschrift überreichte, bitte ich, denselben in reifliche Ueberlegung zu ziehen und über denselben Beschluß zu fassen. So hochachtungsvoll als ergebenst M a n e c k e.

**Berlin, 25. Nov.** Um den Eindruck der Loyalitätsadressen zu schwächen, schlägt die „Nationalzeitung“ Monarchisten vor, welche nicht nur von den Wählern, sondern auch von den Urwählern zu unterzeichnen seien. — Die Kommission des rheinischen Provinziallandtags, welche den Entwurf zur Kreisordnung prüfen soll, hat zwei Sitzungen gehalten und beschloffen, dem Provinziallandtag die Ablehnung des Entwurfs zu empfehlen, und zwar, weil sowohl die alte Kreisordnung genügt, als auch weil, ehe die neue Gemeindeordnung fertig sei, die Berathung einer neuen Kreisordnung unmöglich sei. — Der Ausschuss des westphälischen Provinziallandtags für Gemeindeordnung hat mit 12 gegen 6 (bürgerliche und bäuerliche) Stimmen beschloffen, ehe der Landtag den Entwurf zur rheinischen Land-Gemeindeordnung prüfe, die jetzt gültige westphälische Land-Gemeindeordnung zu revidiren; die bürgerlichen und bäuerlichen Mitglieder wollen an dieser Revision nicht Theil nehmen.

**Berlin, 26. Nov.** In der heutigen „Stern-Ztg.“ befindet sich unter Berlin wörtlich nachstehende Mittheilung:

Vor einigen Jahren geschah es einem Diplomaten, daß er bei seiner Abberufung von Berlin mit seinem Schreibstisch zugleich in einem geheimen Fach desselben Papiere verkaufte, aus welchen hervorging, daß dieser Gesandte gegen den Hof, bei welchem er akkreditirt gewesen war, eine lebhafteste Thätigkeit in der Presse entfaltete hatte. Es wurden theils eigenhändige Konzepte von Artikeln, deren Urheber man bis dahin in ganz anderen Lagern gesucht hatte, theils der Nachweis wohlorganisierter Verbindungen vorgefunden, vermöge welcher durch dieselben Vertreter einer befreundeten Macht die publizistische Opposition gegen die Regierung wesentlich gefördert worden war. Das gesammte Material gelangte in die Hände der königl. Regierung. Dasselbe zog es vor, gegen den ohnehin aus hiesigen Verhältnissen scheidenden Diplomaten keinen Gebrauch von den Beweismitteln zu machen; dagegen zweifeln wir nicht, daß das damalige Ministerium, und gewiß jede Regierung von einigem Selbstbewußtsein, die Abberufung des Gesandten verlangt haben würde, wenn sie vor der Beendigung seiner Mission die Ueberzeugung erlangt hätte, daß derselbe direkt oder durch Mittelpersonen seine amtlichen Beziehungen zur Unterfütterung der regierungsföndlichen Tagespresse benützte. Wir sind der Meinung, daß damals so gut wie heute alle sachkundigen Autoritäten über den Grundsatz einig waren, daß die Stellung eines Gesandten für unvereinbar gilt mit der Betheiligung an oppositionellen Bestrebungen gegen die Regierung, bei welcher er akkreditirt ist.

**Wien, 25. Nov.** In der gestrigen Sitzung des Unterrichtsministeriums entspann sich über den Etat des Kriegsministeriums eine lebhafteste Debatte, an welcher sich der Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, wiederholt betheiligte. Dieser wiederholt seinen bereits im Finanzausschusse gestellten Antrag auf Streichung von 18 Millionen. Rechberg unterstützte den Vorredner. Die gegenwärtige Lage der Dinge in Italien sei nicht bedrohlich und die Kräfte des Landes sollten gespart werden.

Graf Rechberg bekämpft diese Ansicht. Er habe allerdings im Finanzausschusse selbst gesagt, daß die Lage Oesterreichs sich gebessert habe, daß Oesterreich aus seiner Isolirung herausgetreten sei. Er habe aber hinzuzufügen, daß diese Besserung bloß eine relative sei, daß sie bloß und vorzugsweise Oesterreich betreffe, daß die Stellung Euro-

pa's im Allgemeinen und die Stellung der verschiedenen Höfe zu einander noch immer eine solche sei, daß kein Staatsmann in Europa mit voller Sicherheit auch nur für eine kurze Spanne Zeit für die Aufrechterhaltung des Friedens einsehen könnte. Redner weist dann auf die bekannte Schlagfertigkeit Frankreichs, auf die fortwährenden gewaltigen Kriegsvorbereitungen Italiens und die Rüstungen Englands hin, und bemerkt schließlich:

Eine Maßregel, wie die Reduktion des Heeres auf den vollen Friedensfuß, kann von Seite einer Großmacht nicht einseitig vorgenommen werden; sie muß Gegenstand der Vereinbarung unter den Großmächten bleiben. Diejenige Großmacht, welche einseitig ihr Heer reduzieren wollte, müßte sich, ehe sie diese Maßregel ergreift, vollkommen bewußt sein dessen, was sie thut; sie müßte sich sagen: Ich bin im voraus entschlossen, mir jede Schmach, jede Beleidigung anthun zu lassen (Bewegung und Ohos links), weil ich nicht in der Lage sein werde, den übrigen Mächten gegenüber, welche gerüstet sind, rechtzeitig mein Heer entgegenzustellen und rechtzeitig aufzutreten, um die Schmach, die mir angethan wurde, zu tilgen. (Bewegung.)

Seine Wendet sich zunächst gegen die Militärgestüte. Er findet den Aufwand für dieselben zu groß und glaubt, daß es weit ersprießlicher wäre, wenn sie veräußert und der Erbs zu Unterstützung der Landwirtschaft verwendet würde. Er findet die Lage Oesterreichs im Allgemeinen sehr günstig und wirft dem Grafen Rechberg vor, durch seine Politik dem Lande allzu große Opfer aufzubürden. Schließlich beantragt Redner eine Streichung beim Armeebudget um 8 Millionen.

Graf Rechberg: Der Vortrager wollte ihn tadeln, habe ihm aber thatsächlich das größte Lob erteilt. Er habe die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten unter den schwierigsten Verhältnissen übernommen, und jetzt, nach einigen Jahren seiner Thätigkeit, habe man schon die günstige Position des Landes hervor; das sei doch für ihn das größte Lob. (Heiterkeit.)

Kuranda: Es sei eine Nothwendigkeit, daß dem Reichsrathe Blaubücher vorgelegt werden, damit derselbe über die politische Lage genaue Aufklärung erhalte. Redner ergeht sich in lange politische Erörterungen, und schließt damit, daß eine Allianz mit Frankreich am ersprießlichsten wäre. (Bravo!)

Graf Rechberg hebt die Schwierigkeiten hervor, in denen er sich einer solchen Rede gegenüber befindet, weist dann darauf hin, daß Allianzen nicht immer verlässlich sind, und daß nur solche Verbindungen von Staaten vom Heil sein können, die in einem bestimmten gemeinschaftlichen Interesse ihren Ursprung haben. Bei der heutigen Weltlage sei es von ganz besonderem Werthe, sich mit den andern Staaten auf den Fuß des Vertrauens, der Freundschaft zu setzen, worauf Redner fortfährt:

Ich einmal Das erreicht, dann kommen die Allianzen von selbst. Uebrigens gibt es zwei Arten von Allianzen; ich weiß nicht, von welcher der Hr. Vortrager hier gesprochen hat. Es gibt Allianzen, die nicht geschrieben sind, die sich aber von selbst machen durch das Verfolgen derselben Zweck, durch die Gemeinschaft der Interessen. Diese sind die verlässlichen Allianzen. Die geschriebenen bieten verhältnismäßig nur geringen Werth und weniger Sicherheit. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß der sehr geehrte Hr. Vortrager nach Dem, was ich gesagt habe, wohl schwerlich sich meiner Ansicht über die Allianzen anschließen wird; ich glaube aber, daß er sich vollkommen beruhigen wird über die Lage Oesterreichs, wenn ich sage, daß ich im Stande bin, zu erklären, daß die Beziehungen Oesterreichs nicht nur zu Frankreich, sondern auch zu England und den übrigen Großmächten sich auf das freundschaftlichste, auf das intimste und auf dem Fuße des Vertrauens gestalten. (Beifall.)

### Italien.

**Turin, 23. Nov.** (A. Z.) Die Regierung hat an den Grafen Mamiani in Athen einen Kurier geschickt mit Instruktionen für unsern Gesandten, nach welchen derselbe von jeder Unterstützung der Kandidatur des Prinzen Amadäus abzustehen habe, weil der König nie zugeben würde, daß ein Prinz seines Hauses die Religion seiner Ahnen verläugnen werde, und dann, um nicht bei den Schutzmächten irgend Anstoß zu geben.

**Turin, 23. Nov.** (Köln. Ztg.) Die Parlamentsdebatten werden aller Wahrscheinlichkeit nach noch drei bis vier Tage dauern, obwohl die ferneren Reden auf die Gestaltung der Parteien ganz ohne Einfluß bleiben dürften. So viel man bis jetzt ersehen kann, wird die Zahl der für Rattazzi Stimmenden um 20 bis 30 hinter der ihrer Gegner zurückbleiben. Was dann weiter geschehen soll, ist die große Frage, die in diesem Augenblick Rattazzi viel Sorge macht. Diesen Morgen hat man im Ministerrath die Frage, ob Kammerauflösung oder nicht, lange und lebhaft erörtert, ist aber zu keinem Resultat gekommen. Uebrigens spricht man noch sehr geheimnißvoll von allerlei möglichen Zwischenfällen, wodurch die ganze Situation mit Einem Male eine andere Gestaltung annehmen könnte. Die Opposition rechnet zwar nicht auf eine solche Wendung, denn sie hat bereits ihr Kabinett mit Minghetti, Lanza, Peruzzi u. s. w. vollständig in der Tasche und sogar die Generalsekretariate in spe vertheilt. — Graf Villamarina steht auf dem Punkte, nach Paris zurückzukehren, aber er wird noch immer durch höhere Befehle zurückgehalten.

### Frankreich.

**Paris, 26. Nov.** Hr. Drouyn de Lhuys wird übermorgen, den 28., von Compiègne wieder in Paris eintreffen; nach dem „Pays“ schon morgen. Auch die „Patrie“ warnt heute vor englischen Plänen, auf der Insel Lemnos ein Kohlendepot zu errichten. Man wisse nur zu gut, was mit der Zeit aus den englischen Kohlendepots werde. Nach dem „Pays“ hat Lord Cowley im Auftrag der Königin einen Brief an Hr. Drouyn de Lhuys gerichtet, um dem Kaiser für die Ernennung des Baron Gros zum Gesandten in London zu danken. — Eine Abordnung von hellenischen Notabeln hat sich an Bord des

St. Georges begeben, um dem Prinzen Alfred eine Adresse mit zahlreichen Unterschriften zu überreichen. — Das Priegericht von Neu-York hat vier Dampfschiffe, sechs Schoner und zwei Sloops, sämmtlich englischen Unterthanen angehörig und unter englischer Flagge segelnd, als gute Präsen erklärt. Trotzdem rüftet man jetzt in der Clyde eine große Anzahl Schnell dampfer aus, um die Blockadelinie der Südküsten zu durchbrechen. Es wären, wie die „France“ befügt, verschiedene große Häuser der City an diesen Rüstungen theilhaftig. — Der Herzog von Gramont-Cardevouisse wurde verurtheilt, der Witwe Dillon, Mutter des von ihm im Duell Getödteten, 3000 Fr. Entschädigung zu zahlen und ihr und ihren beiden Söhnen eine lebenslängliche Rente von 3600 Fr. jährlich zu sichern. — 3proz. 70.30. Ost 532.50. Ital. Anl. 71.10.

**Paris, 26. Nov.** Der telegraphisch bereits erwähnte, von Hr. P. Limayrac unterzeichnete offiziöse Artikel des „Constitutionnel“ über die Kandidatur des Prinzen Alfred und deren Vertheidigung in der „Morn. Post“ lautet vollständig:

Vor einigen Tagen schlug eine Depesche der englischen Regierung den beiden andern Schutzmächten Griechenlands vor, durch eine zu Athen gemachte feierliche Erklärung die früheren Verbindlichkeiten zu erneuern, welche hinsichtlich des griechischen Thrones zwischen Frankreich, Großbritannien und Rußland eingegangen wurden. Frankreich hatte durchaus keinen Grund, seine Zustimmung zu einem derartigen Vorschlag zu verweigern. Was Rußland betrifft, so wissen wir nicht, was nicht einmal ob es geantwortet hat, und wir glauben sagen zu können, daß die ganze Argumentation der „Morn. Post“ sich in der That nur auf eine Zeitung (le Nord) bezieht, welche mit Recht oder Unrecht als Organ der russischen Politik gilt. Bis jetzt handelt es sich also nur um einen Artikel der „Post“ als Antwort auf einen Artikel des „Nord“. Nichtsdestoweniger geben wir die Betrachtungen der „Morn. Post“, welche ein gewisses Ansehen machten, vollständig wieder, ebenso wie wir die telegraphisch bekannteren Erörterungen der „Times“ wiedergeben werden, die zu ganz entgegengesetzten Schlussfolgerungen führen.

Was uns betrifft, die wir wiederholt bemerken, daß Frankreich weder einen Vorschlag, noch einen Kandidaten habe, daß es für seine Rechnung völlig uninteressirt sei, und nichts beabsichtige, als die Interessen Griechenlands mit jenen Europa's zu vereinbaren, — wir können nur daran erinnern, wie offen und klar die Stellung der französischen Regierung ist.

Nachdem dieser Charakter unserer Politik anerkannt und über jede Diskussion erhoben ist, hatte die Thronbesteigung des Prinzen Alfred nichts, was uns verletzen oder unangenehm berühren (offusquer) könnte. Griechenland ist frei in der Wahl seines Souveräns, und unsere Beziehungen zu England sind so herzlich, daß wir durchaus kein Mißvergnügen empfinden würden, wenn das griechische Volk einen englischen Prinzen auf den Thron erheben sollte. In wie fern übrigens könnte uns die Lage einer Großmacht unangenehm sein (porter ombrage), welche sich die Verbindlichkeit aufladen würde, einen ihrer Prinzen auf den hellenischen Thron zu erhalten? Griechenland — man muß es wohl zugeben — kann schwer leben wie es ist, und die Macht, welche ihm eine Dynastie geben wird, sähe sich zwei gleich gefährlichen Schwierigkeiten gegenüber: entweder sie müßte den Bestrebungen des neuen Königs Schranken setzen und ihn in seine Grenzen bannen, was ihm in den Augen seiner Unterthanen sofort jede Popularität und jeden Zauber rauben würde, oder sie würde seine Vergrößerungsgelüste ermutigen und dann Thyr und Thor jener furchtbaren orientalischen Frage öffnen, die so voll von Verwicklungen jeder Art ist. Diese ersten Verlegenheiten, welche der Sieg der Kandidatur des Prinzen Alfred für England nach sich ziehen würde, wollte die „Morn. Post“ nicht sehen, die „Times“ aber scheint sie wohl begriffen zu haben.

Das „Pays“ spricht sich ähnlich wie der „Constitutionnel“ über den Artikel der „Morn. Post“ aus.

Offener als beide Blätter tritt übrigens die „France“ auf. Ein Staatsmann, welcher eine hervorragende Stellung einnimmt (wohl Hr. v. Lagueronnière), richtet über die Kandidatur des Prinzen Alfred ein Schreiben an den Hauptredakteur, Grafen von St. Poncey, um die Argumentation der „Morn. Post“ zu bekämpfen. Um den Ernst der Verwicklungen, welche in Griechenland erwachsen könnten, darzutun, zitiert der anonyme Briefschreiber folgende Schlussfolgerungen des Protokolls vom 3. Febr.:

„So an's Ende einer langen und schwierigen Verhandlung, angelangt, gratulieren sich die drei Höfe aufrichtig, inmitten der schwierigsten und jenseitigen Umstände zu einer vollkommenen Verständigung gelangt zu sein. Die Aufrechterhaltung ihrer Einigkeit in solchen Momenten ist das beste Unterpfand ihrer Dauer, und die drei Höfe schmeicheln sich, daß diese Einigkeit, eben so sehr als wünschenswert, nicht aufhören wird, zur Befestigung des Weltfriedens beizutragen.“ — Wenn also — fährt das Schreiben fort — die Kandidatur und Wahl des Prinzen Alfred in Athen beantragt und in London angenommen wird, so sind die Verträge ohne Werth, und Jeder wird frei sein, seinen Eingebungen und seinen Interessen zu folgen. Würde übrigens — schließt das Schreiben — Lord Palmerston, der eventuelle Vertheidiger der Wahl eines englischen Prinzen, nicht einigermaßen in Verlegenheit gerathen, sich vor Lord Palmerston, einem der Unterzeichner der Vereinbarung, welche jeden englischen Prinzen vom Throne Griechenlands ausschließt, zu rechtfertigen?

Außerdem erfährt die „France“ aus St. Petersburg, daß (was der Partei der Kandidatur des Prinzen Alfred jeden Vorwand nehmen würde) die russische Regierung geneigt scheint, die Kandidatur des Herzogs von Leuchtenberg weder direkt noch indirekt zu unterstützen. Der Herzog von Leuchtenberg wird seine Mutter, die Großfürstin Marie, nach Polen begleiten und bis Ende Januar, wo in Griechenland Alles zu Ende sein wird, dort bleiben.

### Baden.

† Karlsruhe, 27. Nov. Seit dem Tage des Uebergangs über die Berezina und des für die badischen Waffen so ruhmvollen Gefechts vor diesem Uebergange ist ein halbes Jahrhundert verfloßen. Die badische Brigade, welche einen Theil des 9. Armeekorps bildete, stand an diesem denkwürdigen Tage auf dem linken (kindlichen) Ufer zwischen dem Fluße und dem Dorfe Wjelowo. Der Feind rückte gegen diese Aufstellung mit mehr als dreifacher Ueberlegenheit vor, das Gedränge an den Brücken nahm mit jedem Augenblicke zu: es war vorauszu sehen, daß es dem

Korps, selbst im glücklichsten Falle, nur gelingen würde, seinen Rückzug über den Fluß mit großen Opfern zu erkämpfen. In dieser kritischen Lage setzte die badische Brigade den feindlichen Angriffen einen unerschütterlichen Widerstand entgegen. Ihr Führer, General Markgraf Wilhelm von Baden, trat mit Ruhe und Entschlossenheit, wie in manchen früheren Gefechten, seine Anordnungen, und stößte den Truppen Vertrauen ein. Die Haltung war so vortrefflich, daß der Vertheidigung durch einen kräftigen Bajonetangriff Nachdruck gegeben werden konnte, und die Stimmung ward dadurch so gehoben, daß Verwundete bei diesem kühnen Vorgehen ihre Reihen nicht verließen.

Das badische Husarenregiment machte mit einem sächsischen Dragonerregiment (zusammen noch 350 Pferde), unter dem Obersten v. Laroche, eine Attaque auf ein feindliches Infanteriebataillon und nahm es größtentheils gefangen. Feindliche Reiterangriffe und heftiges Geschützfeuer entriß aber dem tapfern Regiment die Vortheile wieder und fügten ihm schwere Verluste zu. Das Regiment, im Anfang des Gefechts noch 200 Pferde stark, ging nur mit höchstens 50 mit dem Korps über die Berezina zurück. Es war eine Genuß des Schicksals für dieses Regiment, in einem Feldzuge, in welchem sämmtliche Kavallerie durch Mangel und Strenge des Klimas eine gewisse Auflösung vorauszu sehen hatte, mit einer glänzenden Waffenthat unterzugehen, und durch seine Aufopferung die Rettung seiner Waffengefährten zu erringen.

Die Anstrengungen des Feindes wurden durch den heroischen Muth der Truppen vollständig im Schach gehalten. Das feindliche Artilleriefeuer wirkte aber den ganzen Tag über vernichtend gegen die vor der Brücke zusammengedrängten Truppen, Pferde und Wagen. Die einbrechende Dunkelheit nöthigte den Gegner, das Gefecht abzubrechen. Die Truppen des 9. Armeekorps bivouakirten auf dem Schlachtfelde. Die badische Brigade hatte 28 Offiziere todt oder verwundet, unter Letzteren die Generale v. Laroche und Lingg.

Markgraf Wilhelm übernahm das Kommando über sämmtliche Infanterie des Korps, welches während der Nacht auf der großen Brücke über den Fluß zurückging, was an manchen Stellen nur Mann für Mann geschehen konnte.

Den badischen Truppen war es in dem Feldzuge von 1812 nicht vergönnt, ihre Tapferkeit durch glückliche Erfolge gekrönt zu sehen, sondern nur die gänzliche Vernichtung der großen Armee mit eigener Aufopferung noch einige Tage aufzuhalten und dann auf dem weiten Rückzuge bis auf einen kleinen Rest zu Grunde zu gehen.

Die Disziplin, die Kriegserfahrenheit der Offiziere und Mannschaften und insbesondere ihr zuverläßliches Vertrauen zu dem erhabenen stürklichen Führer sicherten den badischen Truppen, wenn auch nur eine kurze, doch ruhmvolle Theilnahme an den kriegerischen Ereignissen, welche die Welt mit Staunen und Entsetzen erfüllten.

Noch leben unter uns beiläufig 12 Offiziere und Kriegsbeamte und etwa 150 Unteroffiziere und Soldaten, welche am 28. Nov. 1812 für die Ehre der badischen Waffen so tapfer und ruhmvoll gekämpft haben.

Dem Vernehmen nach wurden die bedürftigen früheren Unteroffiziere und Soldaten am heutigen Tage zum Gedächtniß an die glänzende Waffenthat, welcher sie anwohnten, mit einer angemessenen besondern Unterstützung bedacht.

Wenn wir bei diesem Anlasse unsern Mitbürgern diese Waffenthat der badischen Truppen ins Gedächtniß zurückrufen, so erfüllt uns das Vertrauen, daß die Söhne des Vaterlandes, welche zu seiner Vertheidigung berufen sind, Erhebung und Vorfuß zu gleicher Aufopferung finden werden.

**Freiburg, 26. Nov.** (Freib. Ztg.) Mit Anfang dieses Monats haben hier die wissenschaftlichen Abendvorträge für ein gemischtes Publikum wieder begonnen und erfreuen sich eben der zahlreichen Theilnahme, wie dieses auch in den früheren Jahren der Fall war. Ein Verein von Universitätsprofessoren hat einen Cyclus von 12 Vorträgen angekündigt: Hofrath Sengler hält solche über Göthe's Bau, Hofrath Busch über die Gesamtverfassung der deutschen Nation, und Doktor v. Reichlin über die historischen Dramen Shakespeares, letztere drei in fortgesetzten Stunden. Das Interesse daran ist ein steigendes und ergibt es sich daraus, daß solche Vorträge ein Bedürfniß für das Publikum geworden sind.

### Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 25. Nov. Die Schauspielerin Cosmanu die zur Zeit in ihren bekannten Rollen hier gastirt, ist die Heldin des Tages. Nach der Vorstellung am letzten Freitag wurden ihr von etwa 50 Polytechnikern die Pferde des Theaterwagens, der sie nach ihrem Gasthof (Marquardt) zu bringen hatte, ausgespannt und sie von den enthusiastischen Verehrern ihrer Kunst dahin gezogen, eine Ovation, die hier in Stuttgart noch nie einer Künstlerin dargebracht wurde. — Man schmeichelt sich mit der Hoffnung, den berühmten Vahslänger Dr. Schmitt vom Hofoperntheater in Wien (einen gebornen Württemberger) für das k. Hoftheater zu gewinnen.

— München, 24. Nov. (Bayr. Ztg.) Der Wunsch, eine der französischen ähnliche Akademie für deutsche Künstler in Rom zu errichten, scheint jetzt mehr als je Aussicht auf Erfüllung zu haben. Von den deutschen Regierungen war es neuerlich die preussische, welche zuerst an die Gründung eines Instituts dachte, worin strebenden jungen Künstlern alle akademischen Mittel zu ihrer höhern Ausbildung und Weihe geboten würden. Bereits vor einem Jahre ließ der Minister v. Bethmann-Hollweg in Rom über eine passende Lokalität Erkundigungen einziehen. Anberaumt hat sich jetzt eine andere Perspektive eröffnet, welche in vielerleicht noch geeigneter Weise zum Ziele führen und die Gründung einer nationalen Stiftung für alle deutschen Künstler in ihren Folgen haben könnte. König Ludwig von Bayern besitzt auf Monte Pincio ein Grundstück, das nicht bayerisches Krongut, sondern sein Privateigenthum ist, die Villa Malta. Es heißt nun, der König denke daran, in seinem letzten Willen die Villa Malta einer Bestimmung vorzubehalten, welche dem angegedeuteten Zweck entspricht. Direktor und Pensionäre könnten gemächlich in der Villa und ihren Nebengebäuden in gleicher Weise wohnen und studiren, wie es in der berachbarten französischen Kunstakademie der Fall ist.

— Frankfurt, 25. Nov. Die ägyptische Augenkrankheit nimmt in unserer Stadt auf eine Besorgniß erregende Weise überhand; die beiden Augenkliniken zu Frankfurt und Sachsenhausen und das Bürgerhospital reichen nicht mehr aus, um alle Hilfesuchenden behandeln zu können.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**  
Sonntag 30. Nov. 4. Quartal. 132. Abonnementsvorstellung: **Wilhelm Tell**; Schauspiel in 5 Akten, von Schiller. „Melchthal“ — Hr. Otto Devrient als Gast.

